

Aus dem Protokoll des Stadtrates vom 10. Juni 2010

12 Postulat Robert Meyer (SD): Gemeinderat befürwortet Verbot von AntiMinarettPlakaten in Bern – Zensur begräbt Demokratie!

Geschäftsnummer 09.000358 / 10/098

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: An dieser Stelle erinnere ich daran, dass zum nächsten Traktandum, der Interpellation von Rolf Zbinden zum selben Thema, keine Diskussion stattfinden wird. Wer sich dazu äussern will, soll dies an dieser Stelle tun.

Postulant *Robert Meyer (SD)*:

Als aufmerksamer Leser der Medienmitteilungen des Gemeinderates konnte ich im Oktober 2009 meinen Augen kaum trauen – was da zu lesen stand, war sehr bedenklich, wenn nicht gar ärgerlich. Es ist die Aufgabe des Gemeinderats, die Stadt Bern zu regieren und nicht, in (eidgenössische) Abstimmungskämpfe einzugreifen. Mit meinem Postulat will ich herausfinden, was das Demokratieverständnis unseres Gemeinderats ist. Als in der Schweiz Aufgewachsener schätze ich es, in einer Demokratie zu leben, ich bin ein Anhänger unserer direkten Demokratie. Was da geschah, gleicht einem Tabubruch: Wenn wir damit beginnen, zu politischen Plakaten Empfehlungen abzugeben oder sie sogar zu verbieten – was für ein Demokratieverständnis ist dies? Die Demokratie lässt sich mit der Liebe vergleichen: Sie muss unbegrenzt und bedingungslos sein. Demokratie macht nur Sinn, wenn sie ohne Eingrenzungen funktioniert. Sobald man alles beschränkt, was jenseitig von mittlinks oder mittrechts verortet wird, macht die Demokratie keinen Sinn mehr, denn sie lebt davon, dass auch von den politischen Rändern her Bewegungen und Strömungen kommen, die Neues einbringen. So kann ein herrschendes System überwunden werden. Wir wollen ja nicht ein System wie in der ehemaligen DDR, wo nur noch ein Volksaufstand das Regime überwinden konnte.

Das fragliche Plakat brachte die Sache auf plakative Weise auf den Punkt – was es aber mit Rassismus zu tun hatte, bleibt mir schleierhaft. Die Rassismuskeule war fehl am Platz, ging es doch bei der Abstimmung nicht um eine Rasse, nicht einmal um Religion im engeren Sinne, sondern um den politischen Islamismus, und dies ist ein anderes Thema. In der Antwort, wie auch in der Pressemitteilung, wird mit „Diskriminierung“, „Antirassismus“ und sogar der Menschenrechtskonvention argumentiert. Vielleicht wollte man einfach ein Plakat verhindern, das zu gut und zu erfolgreich war. Das ist bedenklich. Bei der Abstimmung ging es vor allem darum, dass wir in Europa unseren europäischen Lebensstil erhalten und nicht nach islamischen Vorschriften leben wollen – wie beispielsweise keinen Alkohol trinken oder kein Schweinefleisch essen. Übrigens wird unsere europäische Lebensart von zwei Seiten bekämpft, einerseits vom politischen Islamismus, aber auch vom amerikanischen Way of Life. Ich wehre mich gegen jede Anmassung einer Weltherrschaft. Wie wird es weitergehen? Wollen Sie als Nächstes Wahlprospekte zensieren oder Parteien verbieten? So macht Demokratie doch keinen Sinn mehr. Das berührt auch die Lebensqualität: Es ist erwiesen, dass Menschen, die in einer Demokratie leben, glücklicher sind als Menschen unter einer Diktatur. Das Plakat an sich ist im historischen Vergleich, beispielsweise den Zehner und Zwanzigerjahren, keineswegs übertrieben angriffig. Ein politisches Plakat darf doch aussagekräftig sein. Das Plakat kam von der wählerstärksten Partei und nicht von einer Randgruppe. Schliesslich stellte sich heraus, dass dieses Anliegen eine Mehrheit in der Bevölkerung fand, nicht nur in den Kreisen der SVP, sondern auch bei vielen jungen Menschen. Viele

sonst eher links abstimmende Menschen hatten begriffen, dass da ein Pflock gesetzt werden muss, und nahmen das Anliegen an.

Zur Antwort, besser NichtAntwort des Gemeinderats ist zu sagen, dass der Gemeinderat auf die nachfolgend traktandierete Interpellation von Rolf Zbinden eine sehr ausführliche Antwort gibt, während mein Vorstoss – salopp gesagt – schnoddrig beantwortet wird, indem man sich auf die Aussage beschränkt, die Abstimmung sei ja nun vorbei und das Ganze nicht mehr aktuell. Leider wurde die Dringlichkeit meines Vorstosses vom Büro des Stadtrats abgelehnt, da fragt sich, was denn dringlich ist, wenn nicht ein Vorstoss wie der meine. Mein Vorstoss bezieht sich nicht ausschliesslich auf das eine Plakat, sondern geschieht, weil ich dieses Demokratieverständnis, das der Gemeinderat hier zeigt, als stossend empfinde und für die Zukunft verhindern will, dass so etwas einreisst.

Zum Schluss richte ich ein Wort an den Kollegen, den Kommunisten Rolf Zbinden ...

Der Redner wird daran erinnert, dass keine Diskussion stattfindet.

... vielleicht wird eines Tages ein Plakat seiner Partei verboten, wenn andere Kräfte an der Macht sind. Ich bitte um Annahme meines Postulats.

Fraktionserklärungen

Conradin Konzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Es stimmt, dass der Gemeinderat seine Antwort sehr kurz hält. Er sagt, das Postulat sei überholt und nimmt nicht Stellung zum Grundsätzlichen. Deshalb füge ich ergänzende Gedanken an. Robert Meyer vergleicht die Demokratie mit der Liebe – beide müssten unbegrenzt sein. Das ist ein grosser Irrtum. Selbstverständlich weist die Demokratie Grenzen auf, nämlich die Grenzen, die sich die Demokratie in ihren Grundsätzen und Grundrechten selbst gibt. Es gibt Grenzen für Veröffentlichungen, für Plakate, für Wahlprospekte, Texte und Bilder, überall dort, wo Ehre und Würde von Menschen oder ganzen Gruppen verletzt sein können. Das ist eine Frage des Strafrechts: Im Strafgesetzbuch Artikel 261 werden diskriminierende Äusserungen (Rassen, Religionen oder Gruppen betreffend) unter Strafe gestellt. Es braucht dazu eine Anzeige und es ist tatsächlich nicht die Aufgabe des Gemeinderats, solche Anzeigen zu behandeln. Aber es gibt die Felder der öffentlichen Meinung und Stellungnahme, wo dem Gemeinderat als verwaltungs- und führungsbeauftragter Instanz und von der Bevölkerung für die Leitung der Stadt Bern gewähltes Gremium durchaus das Recht zukommt, seine öffentliche Meinung zu politischen Fragen zu äussern. Dies wird in der Medienmitteilung vom 14. 10. 2009 auch gemacht, dort wird auf das Plakat hingewiesen, wobei die Empfehlung gerechtfertigt war, dass zu überlegen sei, ob dieses Plakat aufgehängt werden sollte. Diese Überlegung besteht auf der Grundlage der demokratischen Rechte zum Schutz von Minderheiten. Wir begrüssen die Mitteilung des Gemeinderats. Dies füge ich auch als Bemerkung zur Interpellation von Rolf Zbinden an. Das Postulat lehnen wir ab.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Führen Sie sich die Geschichte vor Augen und erinnern Sie sich an all das Traurige, das im Kommunismus in Russland geschehen ist, was heute noch in China geschieht – diese Ereignisse werden zensuriert. Unsere Regierung ist genauso links, wie es wohl in diesen Ländern der Fall ist ...

Der Redner wird ermahnt, mit Vergleichen vorsichtig umzugehen.

... es soll diktiert werden, was man aufhängen darf und was nicht. Es kann nicht sein, dass politische Parteien zensuriert werden. Politischen Parteien muss die Freiheit zugestanden werden, die Probleme der Bevölkerung aufzunehmen und deren Anliegen umzusetzen. In diesem Land bestimmt die Bevölkerung. Damit eine Demokratie lebendig bleibt, müssen die Leute orientiert werden. Es ist eine absolute Frechheit, was sich der Gemeinderat in seiner Antwort erlaubt. Er sagt, die Kampagne sei vorbei und die Sache sei gegessen. Was wird bei der nächsten Kampagne geschehen? Wahrscheinlich wird der Stadtpräsident auch wieder in der vordersten Reihe stehen und befinden, dass gewisse Plakate in Bern nicht aufgehängt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass ein Stadtpräsident sich in die nationale Politik einmischt, wenn er genug Probleme in der eigenen Stadt hat. Die Plakate sind nicht ein Problem, das die Bevölkerung beschäftigt.

Wie sich zeigte, war die Bevölkerung der gesunden Ansicht, dass es in der Schweiz keine Minarette braucht. Ich bitte um Annahme des Postulats. Es darf nicht sein, dass wir im Kommunismus enden. Anbetracht der vielen Todesopfer, die der Kommunismus forderte: Wehret den Anfängen!

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Unsere Fraktion wird das Postulat aus zwei Überlegungen annehmen. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, weil wir den Entscheid des Gemeinderates für falsch halten. Für eine politische Behörde bedeutet es einen heiklen Entscheid, eine politische Kampagne oder ein politisches Plakat zu verbieten. Es besteht eine Wirtschaftsfreiheit und es gibt eine Freiheit Plakate aufzuhängen. Dies ist zu respektieren. Es kann nicht sein, dass eine rotgrüne Mehrheit verhindert, dass bürgerliche Plakate oder solche der SVP aufgehängt werden. Es darf ja auch nicht sein, dass ein bürgerlicher Grossrat entscheidet, ob irgendwelche Gewerkschaftsplakate oder Plakate der SP aufgehängt werden. Der zweite Punkt ist ein Klassiker: Die Linke fällt seit Jahren auf denselben Trick herein. Man macht ein provokatives Plakat und sofort regen sich ein paar Organisationen von Gutmenschen auf und ebenso der Gemeinderat, der dort mitmacht und dies kritisiert. Das Resultat ist, dass es in jeder Zeitung erscheint und jeder Mensch in diesem Land das Plakat dort sehen konnte. Das ist ein taktischer Fehler, den Sie begehen. Vielleicht lernen Sie dazu und lassen sich nicht mehr von jedem Plakat provozieren. Ich wette darauf, dass die Werbemaschinerie der SVP Ihre Reaktion bereits einplant.

Hasim Sançar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Bemühungen des Gemeinderates gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind im Prinzip lobenswert. Die Verbreitung von Hass und die Ausgrenzung sind schädlich für eine moderne Gesellschaft und Gift für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Trotzdem versucht vor allem eine nationale Partei, dies bei jeder Gelegenheit zu tun, sei es in den politischen Auseinandersetzungen oder mit Initiativen oder mittels ihren berühmten fremdenfeindlichen Plakaten. Das letzte Mal waren es diffamierende und fremdenfeindliche Plakate gegen Minarette. Es ist befremdend, dass der Nationalrat den nötigen Mut nicht aufgebracht hat, die AntiMinarettinitiative für ungültig zu erklären, da sie die Religionsfreiheit verletzt und verfassungswidrig ist. Die Behörden hätten im Anschluss an das Aufhängen der Plakate Haltung zeigen können, indem sie den Aushang im öffentlichen Raum verboten hätten. Der Gemeinderat hat dies versäumt, was eigentlich nicht seiner sonst lobenswerten Haltung in dieser Frage entspricht. Er empfahl der AGP lediglich, auf einen Aushang zu verzichten. In dieser sensiblen Frage erscheint eine Empfehlung als Zeichen von Schwäche. Die Exekutive in Basel zeigte diesbezüglich mehr Mut und setzte mit dem Verbot des Aushangs dieser unsäglichen Plakate im öffentlichen Raum ein klares Zeichen. Wir setzen uns für die Meinungsfreiheit ein. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verletzen die Meinungsfreiheit und missbrauchen sie. Fremdenhass und Rassismus müssen gestoppt und verhindert werden. Die Geschichte gibt uns genügend Beispiele menschenverachtender Ideologien. Statt später „Nie mehr“ zu sagen, muss hier und heute „Nein“ gesagt werden. Die besagte Partei wird ihre Haltung kaum ändern und auch in Zukunft Ähnliches tun. Der Gemeinderat ist gefordert, in solchen Fragen mehr Mut zu beweisen. Unsere Fraktion verlangt vom Gemeinderat, in Zukunft den Aushang fremdenfeindlicher Plakate im öffentlichen Raum zu verbieten und lehnt das Postulat ab.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP: Mit diesem Postulat wurde der Gemeinderat im Oktober 2009 aufgefordert, im Sinne der Meinungsfreiheit seine damalige Empfehlung zu überdenken. Das Büro des Stadtrates hatte damals, während des Plakataushanges und Abstimmungskampfes, diesen Vorstoss für nicht dringlich erklärt. Mit der heutigen Antwort des Gemeinderates sind wir einverstanden, insofern als die Abstimmung vorbei und der Vorstoss in Bezug auf das AntiMinarettplakat gegenstandslos sind. Wir meinen aber, dass der Gemeinderat der generellen Thematik von Meinungsfreiheit versus Zensur ausweicht. Wir erwarten eine differenzierte Antwort, wie er in Zukunft mit solchen Situationen umzugehen gedenkt und wie er die Güterabwägung zwischen

Meinungsfreiheit, Diskriminierungsschutz und dem Schutz der Gesellschaft vor Hass fördernder Agitation vornehmen will.

Die Grünliberalen sprachen sich letzten Herbst entschieden gegen ein MinarettVerbot aus. Diese Plakate waren hart an der Grenze der Meinungsäusserungsfreiheit. Wir sprechen uns gegen eine solche Art der politischen Kommunikation aus. Trotzdem ist die erwähnte Güterabwägung betreffend möglicher Zensur aus liberaler Sicht sehr sorgfältig zu machen.

Wir distanzieren uns vom vorhergehenden Votum von Erich Hess. Unsere Fraktion überweist das Postulat und erwartet vom Gemeinderat eine differenzierte Antwort zum Vorgehen in analogen zukünftigen Situationen.

Einzelvotum

Erich J. Hess (JSVP): Wir sind hier nicht in der Türkei, Hasim Sancar, wir leben hier in einer Demokratie. Eine Belehrung punkto Demokratie: In der Schweiz gibt es das politische Instrument der Initiative. Wenn 100 000 Stimmberechtigte eine Initiative unterzeichnen, kommt es zur Volksabstimmung. Dann wird ein Parlament eine Initiative sicher nicht für ungültig erklären. Das können Sie vielleicht in der Türkei machen, aber hier in der Schweiz bestimmt das Volk, wo es langgeht. Das ist elementarer Staatskundeunterricht.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab (27 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltung).

(Nebst der Fraktion SVPplus unterstützte auch die FDP und die Grünliberalen das Postulat)

13 Interpellation Rolf Zbinden (PdA): „Bern drückt sich um Entscheid über MinarettPlakat“ (BZ, 15. 10. 09) – Was soll der Affentanz um die rassistische Hasspropaganda?

Geschäftsnummer 09.000359 / 10/043

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Beschluss

Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.